

Kopie an die Herren Bundesräte;
an BK Hb, VK Er und VK Sa

MAX FRISCH

OFFENER BRIEF AN DEN SCHWEIZERISCHEN BUNDESRAT
Bundeskanzlei
Bern

BUNDESKANZLEI	
- 16. 03. 1974	
HH BR	
	EDF
X	ED
	ED
	ED
	ED
	ED
	Hb, Br, Sa
Empfang bestätigt:	

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Herren Bundesräte.

Ihren Beschluss vom 23. 2. 1974, mit sofortiger Wirkung einen Visum-Zwang für chilenische Staatsbürger einzuführen, begründen Sie mit der Sorge um die Grundlagen schweizerischer Asyl-Politik: nachdem eine Gruppe von Bürgern, die Anteil nehmen an den exemplarischen Ereignissen in Chile, in einem Monat mehr als 2000 Freiplätze für Flüchtlinge aus Chile zu finden vermocht haben. Ihr bundesrätlicher Tadel gegenüber dieser FREIPLATZ-AKTION ("Umgehung der verantwortlichen Behörden": als habe unser Gewissen den Bundesrat zu fragen, ob es im Rahmen der bestehenden Gesetze aktiv werden darf) verdeckt nur bei flüchtigem Lesen, was dieser Visum-Zwang praktisch bedeutet: nämlich dass für ein Asyl nur noch Chilenen in Frage kommen, die, als Verfolgte auf Schritt und Tritt, die schweizerische Botschaft in Santiago de Chile erreichen und bei Herrn Masset, einem Mann der Rechten und als solcher ihr politischer Gegner, vielleicht Gehör finden, vielleicht nicht. Dieser Botschafter, dessen Verhalten nach dem Putsch einigermaßen bekannt ist, verwaltet jetzt unser nationales Gewissen.

"Der Bundesrat will mit diesem Entscheid verhindern, dass Unschuldige die Folgen des Vorgehens dieser Aktion zu tragen haben."

Ist das, Herren Bundesräte, Ihre wahre Sorge ?



Was die getadelte Aktion betrifft: es ist eine spontane Aktion, die weniger diplomatische Routine besitzt als bereits etablierte Organisationen, aber immerhin erreicht hat, dass in vielen Gemeinden, hauptsächlich in kirchlichen Gemeinden, ein beträchtlicher Hilfswille zum Vorschein gekommen ^{ist}. Es unterstützen sie: Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Christlich-nationaler Gewerkschaftsbund, Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Amnesty International, Terre des Hommes, Liga der Menschenrechte, Internationaler Zivildienst, Schweizerischer Schriftsteller-Verein, Verein Schweizer Studentenschaften, Schweizer Friedensrat, Erklärung von Bern, Team 67 und viele Einzelpersonen wie der Unterzeichner dieses Briefes.

Hat das für den Bundesrat kein Gewicht ?

Wer, Herren Bundesräte, hat Gewicht für Sie ?

"Da wir in unsrer Firmenleitung durchaus bürgerlich eingestellt sind, erstaunt uns Ihre Anfrage irgendwie. Wir haben sowohl bei Ungarn wie der Tschechoslowakei mitgeholfen, Leuten, die einer liberalen Weltanschauung verpflichtet, einen Arbeitsplatz zuzuweisen, und wir dürfen sagen, mit einem gewissen Erfolg. Dass man nun aber mit diesem ganzen Theater mit Chile versucht, Leute zu plazieren, die ganz sicher eine andere Weltanschauung vertreten als wir gewohnt sind, finden wir an der Grenze des Ertragbaren." schreibt ein schweizerisches Grossunternehmen an eine schweizerische Flüchtlingshilfe-Organisation christlicher Prägung.

Die Asyl-Suchenden aus kommunistischen Ländern sind als Zeugen unmenschlicher Zustände willkommener als die Asyl-Suchenden aus Chile: Zeugen unmenschlicher Zustände unter einer faschistischen Junta -

Sind das, Herr Bundesrat Furgler, auch Ihre Motive ?

Im früheren Pressemitteilungen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (28. 1. und 11. 1. 1974) heisst es, "dass das Problem der Flüchtlinge in Chile, soweit es erfassbar ist, nach Angaben der verantwortlichen internationalen Organisationen, wie z. B. des Hochkommissariates der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, insofern als gelöst gelten kann, als bis auf wenige Ausnahmen für die in Lagern und Botschaften untergebrachten Flüchtlinge erste Aufnahmemöglichkeiten gefunden werden konnten", und: "Der Bundesrat betrachtet seine Sonderaktion, die als Beitrag zur Lösung eines humanitären Problems zu werten ist, als abgeschlossen" - gemeint sind aber in diesen Angaben gar nicht die verfolgten Chilenen in Chile, sondern die Nicht-Chilenen, die unter Salvador Allende politisches Asyl in Chile gefunden haben. Das Hochkommissariat für Flüchtlinge, dessen Erhebungen hier zur Beschwichtigung benutzt werden, kann sich nur mit den Nicht-Chilenen befassen, da Chilenen in Chile keine Flüchtlinge sind. Das weiss der Bundesrat. Die bundesrätliche Beschwichtigung ist eine versuchte Irreführung unsrer Gewissen. Wenn es in Chile (wie man nach dieser Pressemeldung aus dem Bundeshaus meinen könnte) keine Asyl-Suchende mehr gibt: wozu dann dieser Beschluss vom 23. 2. 1974, der

eine erschreckende Aehnlichkeit hat mit dem Bundesratsbeschluss vom 4. Io. 1938, womit das schweizerische Schuld-Konto gegenüber den deutschen Juden eröffnet worden ist.

Herr Bundespräsident, Herren Bundesräte: die Sorge um die Grundlagen der schweizerischen Asyl-Politik ist unsere Sorge.



Max Frisch

Berlin, 2. 3. 1974